

tatsachen · hinweise · ergebnisse · materialien · anregungen

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

in einer kürzlich durchgeführten Repräsentativumfrage wurden Elternmeinungen über die zukunftssträchtigsten Ausbildungswege ihrer Kinder erforscht. Auf die Frage, welcher Schulabschluß ihrer Meinung nach die beste Voraussetzung bietet, um später einen Arbeitsplatz zu bekommen, nannten 51 % das Abitur; nur 7 % gaben den Hauptschulabschluß an. Das Abitur hält eben zwei Wege offen, nämlich in Studium und Beruf. Der Weg über die Hauptschule und eine abgeschlossene Berufsausbildung in den Beruf wird entsprechend niedriger bewertet.

Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung, Beratungsorgan der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung, hat in der Frage der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung Nägel mit Köpfen gemacht. Seine Forderungen, an die Bundes- und an die Länderregierungen gerichtet, lassen in ihrer Konkretheit auch jenen keinen Ausweg, die die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung lediglich als konsequenzlose Parole vor sich hertragen:

- 1. Wer eine mindestens zweijährige Berufsausbildung erfolgreich abschließt, erhält den Mittleren Bildungsabschluß (Realschulabschluß, Fachoberschulreife) zuerkannt.*
- 2. Wer die Meisterprüfung im Handwerk oder die Industriemeisterprüfung oder eine entsprechende Fortbildungsprüfung im kaufmännisch-verwaltenden Berufsfeld (z. B. Fachwirt) erfolgreich besteht, erhält die Zugangsberechtigung zum*

Ein Instrument zur gezielten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

Bildungsmaßnahmen im Auftrag der Arbeitsämter

Berufliche Weiterbildung als Instrument gegen die Arbeitslosigkeit wird von den Arbeitsämtern immer stärker eingesetzt. Die regionalen Unterschiede sind jedoch beachtlich: Während in einem Arbeitsamtbezirk nur knapp 1 % der Arbeitslosen in den von den Arbeitsämtern in Auftrag gegebenen Bildungsmaßnahmen qualifiziert wurden, waren es in einem anderen gut 23 %. Dies ist eines der Ergebnisse einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung, in der erstmals die Bildungsmaßnahmen der 142 Arbeitsämter, die sogenannten 'Auftragsmaßnahmen', für das Jahr 1982 nach Arbeitsamtbezirken und ausgewählten Merkmalen der Bildungsmaßnahmen analysiert werden.

In der Förderung der beruflichen Bildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wird zwischen 'Auftragsmaßnahmen' und 'freien Maßnahmen' unterschieden. Bei den freien Maßnahmen handelt es sich um das von Bildungsträgern initiierte Angebot, das die Arbeitsverwaltung für die von ihr geförderten Teilnehmer nutzen kann. Bei Auftragsmaßnahmen liegt dagegen die Initiative für die Organisation und Gestaltung des Bildungsangebotes bei der Arbeitsverwaltung. Die Untersuchung geht auf die Entwicklung, die Merkmale und Probleme von Auftragsmaßnahmen ein:

■ Im Zusammenhang mit der schrittweisen Verlagerung der AFG-Förderung auf die Arbeitslosen, die von Arbeitslosigkeit Bedrohten sowie die Arbeitnehmer ohne Berufsabschluß (Haushaltsstrukturege-

setz 1976, Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz 1982, Haushaltsbegleitgesetz 1984) nahm der Anteil der (in der Regel) arbeitslosen Teilnehmer an Auftragsmaßnahmen stark zu. 1982 wurde nahezu jeder zweite AFG-geförderte Teilnehmer in Auftragsmaßnahmen weitergebildet.

- Durch den Einsatz von Auftragsmaßnahmen verstärken sich die Einflußmöglichkeiten der Arbeitsverwaltung auf den Weiterbildungsmarkt; gegenüber der Nutzung des freien Angebots wird ihr Einfluß auf Planung, Organisation und Durchführung von Bildungsmaßnahmen direkter (wie z. B. auf die Gestaltung des regionalen Bildungsangebots und der Infrastruktur für Weiterbildung oder die Auswahl und Kontrolle der Teilnehmer). →

Studium an einer Fachhochschule.

Die Forderungen gehen von der Feststellung aus, daß eine Gleichwertigkeit nur für Ungleichartiges gefordert werden kann. Sie betonen damit den eigenständigen Bildungswert der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der in der Bildungsgeschichte vielfach belegt ist. Sie verfolgen damit die gesellschaftliche Aufwertung der Facharbeiter-, Gesellen- und Kaufmannsausbildung. Wer auf Festreden gern den Satz „Ehrt eure deutschen Meister...“ verwendet, kann nun zeigen, wie ernst er es damit meint.

Sollten die Kultusminister dieser Empfehlung folgen, könnte die berufliche Bildung eine echte Alternative zur gymnasialen Bildung werden:

Wenn für Eltern deutlich wird, daß auch der Weg über die berufliche Bildung ihren Kindern alle Chancen einschließlich des Studiums offen hält, müssen sie sie nicht um jeden Preis im Lebensalter von 10 Jahren aus Sorge um die Zukunft ins Gymnasium treiben.

Der Weg über die Hauptschule, eine abgeschlossene Berufsausbildung, die Bewährung im Beruf und die Meisterprüfung könnten auch dann genutzt werden, wenn am Ende doch ein Studium angestrebt wird. In diesem Jahr hören wir, daß über 40% der Abiturienten nicht sofort studieren wollen. Viele von ihnen, und zwar ein gutes Viertel, sind unschlüssig, ob sie überhaupt studieren sollten. Die Frage liegt nahe: Hätten sie überhaupt das Gymnasium gewählt, wenn ihnen der Weg zum Studium auch über die berufliche Bildung offengestanden hätte?

Folgt den zuständigen staatlichen Stellen der Empfehlung des Hauptausschusses, so ergäben sich auch andere, seit langem vergeblich erhoffte Änderungen:

- Die über Ausbildung und Beruf zur Hochschule strebenden jungen Menschen müßten sich nicht mehr in allgemeinbildenden Abendkursen bescheinigen lassen, daß allgemeine Bildung doch einen höheren Wert hat als berufliche.
- Die Hochschulen müßten sich in ihrem Lehrangebot auf eine neue an den Bildungsgütern der Arbeitswelt qualifizierte Hörer-

schaft einstellen. Deren Engagement und Kritikfähigkeit könnte dazu beitragen, die Hochschulen näher an die Praxis, an die Wirtschafts- und Berufswelt heranzuführen. Eine Überflutung der Hochschulen durch Handwerks- oder Industriemeister braucht niemand zu befürchten. Was diese Studenten von der Hochschule forderten wäre eine an den Bedürfnissen der Praxis orientierte akademische Aus- oder Weiterbildung.

Weiterkommen wird man nur gemeinsam! Eine Reihe von Ländern, so Niedersachsen, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen hat sich auf den Weg gemacht, die Gleichwertigkeit beruflicher Bildung in kleinen Schritten zu erreichen. Sie müssen nun die entscheidenden Schritte bei der Gleichstellung der Abschlüsse und beim Hochschulzugang tun. Eine anachronistische Hürde bietet nach wie vor das öffentliche Laufbahnrecht. Hier ist der Bund am Zuge.

Auch die Wirtschaft ist gefordert: Die außerschulische berufliche Bildung im dualen System und in der betrieblichen Weiterbildung kann noch erheblich attraktiver gestaltet werden. Zusatzangebote zur Ausbildung, wie sie beispielsweise die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks bieten können, eröffnen auch Kleinbetrieben bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Der Handwerksgehilfe mit zusätzlichen kaufmännischen Qualifikationen, der Kaufmann mit zusätzlichen Kenntnissen und Fertigkeiten in neuen Technologien; es gibt vielfältige Möglichkeiten, die man nutzen sollte. Eine klarere Konturierung der kaufmännischen Fortbildungsmöglichkeiten, ähnlich der Meisterebene in Industrie und Handwerk, würde ebenfalls dazu beitragen, die betriebliche Alternative zum Studium attraktiver zu gestalten.

Für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung im dualen System ist die Frage der Gleichwertigkeit von außerordentlicher Bedeutung. Der gegen Ende der 80er Jahre einsetzende Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen in Betrieben, Schulen und Hochschulen wird nicht zuletzt dadurch

entschieden werden, welcher gesellschaftliche Stellenwert dem beruflichen gegenüber dem gymnasialen und akademischen Bildungsweg eingeräumt wird. Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung hat den Weg zur Aufwertung der beruflichen Bildung gewiesen. Jetzt ist es an der Politik, diesen Weg zu gehen.

Hermann Schmidt

Dr. Hermann Schmidt

- Generalsekretär -

- Die mit den Auftragsmaßnahmen gegebenen Steuerungsmöglichkeiten der Arbeitsverwaltung im Bereich der beruflichen Weiterbildung können nur realisiert werden, wenn von seiten der Arbeitsverwaltung ein Mehr an Zeit, Personal, Fachkompetenz und Informationen für die Planung und Gestaltung von Auftragsmaßnahmen eingesetzt wird.

Der quantitative Überblick über die Auftragsmaßnahmen des Jahres 1982 zeigt unter anderem, daß

- jeweils circa ein Drittel der Teilnehmer auf Umschulung, Anpassungsfortbildung sowie auf Informations-/Übungs- und Trainingsmaßnahmen entfallen;
- die privaten Träger mit über einem Drittel der Teilnehmer die meisten weiterbilden, gefolgt von den Arbeitnehmerorganisationen mit einem Viertel der Teilnehmer;
- die Maßnahmeziele vor allem im Bereich der Fertigungsberufe sowie bei den Verwaltungs- und Büroberufen liegen;

■ für ein Viertel der Teilnehmer keine Prüfung stattfindet und über ein Drittel durch die Maßnahmeträger geprüft wird; nur für eine Minderheit sind die Kammern (IHK/HWK) prüfende Stellen;

■ der Schwerpunkt bei den Kurzzeitmaßnahmen liegt; nur ein gutes Fünftel der Teilnehmer nimmt an Maßnahmen teil, die über ein Jahr dauern.

Auf dreißig, z. T. farbigen Karten wird die Teilnehmerstruktur für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke nach Maßnahmearten, Trägern, Berufsbereichen, Prüfenden Stellen sowie nach Dauer und Kosten der Maßnahmen mit Hilfe von Diagrammen veranschaulicht. Zum Teil werden die Ergebnisse der Teilnehmeranalyse vor dem Hintergrund der regionalen Arbeitslosenquote dargestellt. Auf der Grundlage der Ergebnisse für die Landesarbeitsamtsbezirke Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird die Beteiligung von Männern und Frauen an Auftragsmaßnahmen verglichen.

Der Bericht „Berufliche Weiterbildung und Arbeitslosigkeit. Bildungsmaßnahmen im Auftrag der Arbeitsämter“ von Edgar Sauter, Günter Walden, Richard von Bardeleben, Heinrich Krüger, Helena Podeszfa, Andrea von Simons und Brigitte Sowade ist als Heft 47 der Reihe „Materialien und statistische Analysen zur beruflichen Bildung“ erschienen und beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, 1000 Berlin 31, gegen eine Schutzgebühr zu beziehen.

S

Tarifliche Ausbildungsvergütungen 1983

Bei 587,- DM pro Monat lag im letzten Jahr die durchschnittliche Ausbildungsvergütung bezogen auf die gesamte Ausbildungszeit. Dies ergab eine Untersuchung des BIBB, in der rd. 170 stark besetzte Ausbildungsberufe tarifvertraglichen Ausbildungsvergütungen zugeordnet wurden.

In den erfaßten Berufen sind 93 % aller am 31. 12. 1982 registrierten Auszubildenden vertreten. 10 % dieser Jugendlichen erhalten Ausbildungsvergütungen von weniger als 450,- DM, mehr als drei Viertel (78 %) zwischen 450,- DM und 700,- DM und 12 % mehr als 700,- DM.

Die niedrigsten Ausbildungsvergütungen werden im Damenschneiderhandwerk mit 191,- DM und im Friseurhandwerk mit 305,- DM gezahlt. In diesen typischen Mädchenberufen werden rd. 5 % der erfaßten Lehrlinge ausgebildet.

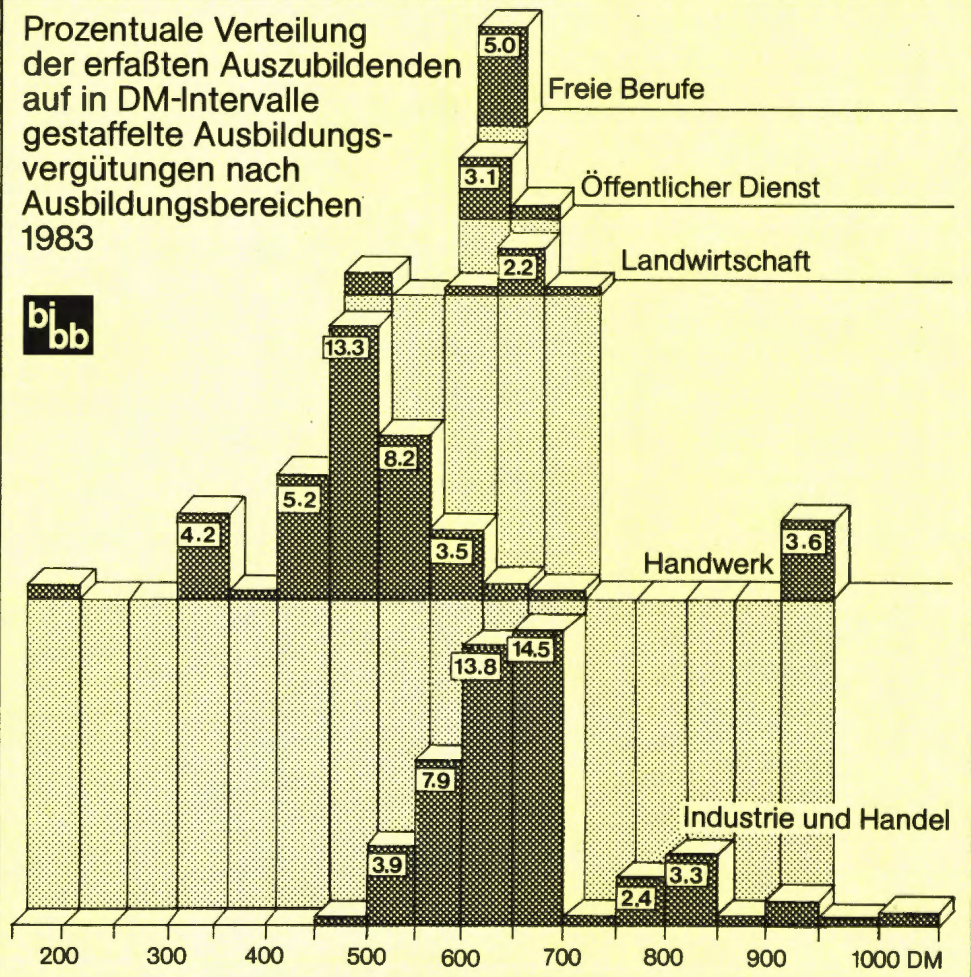
Für knapp 6 % der Auszubildenden liegen die Vergütungen über

900,- DM. Dies gilt vor allem für die gewerblichen Lehrlinge im Bergbau und im Bauhauptgewerbe sowie die angehenden Versicherungskaufleute. Die Spitze der Vergütungsskala nimmt der Bergmechaniker mit einer monatlichen Vergütung in Höhe von 1008,- DM ein.

→

Prozentuale Verteilung der erfaßten Auszubildenden auf in DM-Intervalle gestaffelte Ausbildungsvergütungen nach Ausbildungsbereichen 1983

bibb



Wie aus den Abbildungen 1 und 2 deutlich hervorgeht, bestehen relativ große Unterschiede im Vergütungs-niveau der Ausbildungsbereiche. In Industrie und Handel werden mit 653,- DM die höchsten Vergütungen erreicht, während im Handwerk mit durchschnittlich 512,- DM die niedrigsten Vergütungen zu verzeichnen sind. Damit erhalten die Auszubildenden in Industrie und Handel um 28% höhere Vergütungen als die Auszubildenden im Handwerk.

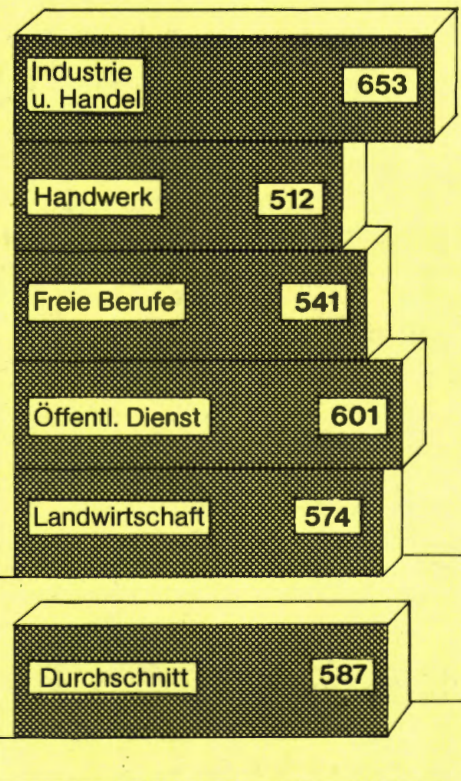
Die durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen in den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen sind in Abbildung 3 dargestellt.

Es ist zu berücksichtigen, daß die angegebenen Werte Durchschnitte über die jeweilige Ausbildungsdauer sind, und daß aufgrund des bestehenden Tarifsystems regionale und branchenspezifische Abweichungen auftreten können.

Bt/Wie/Kö

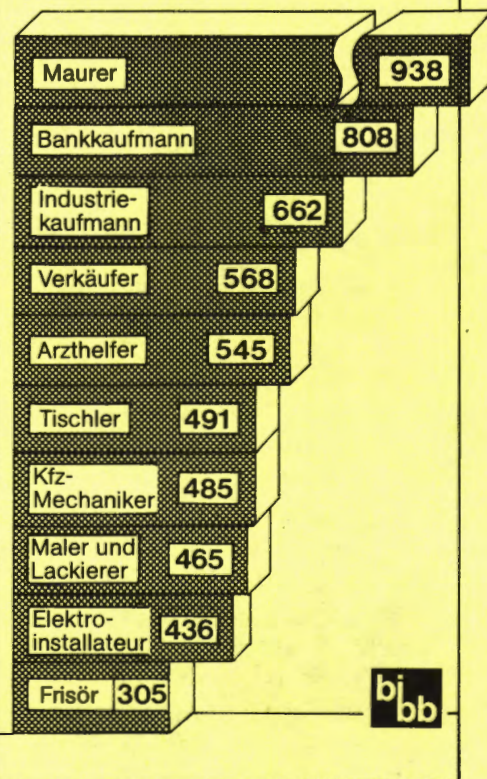
Durchschnittliche Ausbildungsvergütungen nach Ausbildungsbereichen 1983

- in DM -



Die Ausbildungsvergütungen in den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 1983

- in DM -



Kompetenter Umgang mit CNC-Werkzeugmaschinen:

Lernen mit Hilfe von CNC-Simulatoren

Es ist unbestritten: Zusätzliche Kenntnisse und Fähigkeiten sind erforderlich, um mit den CNC-Werkzeugmaschinen kompetent umzugehen. Diese neuen Qualifikationen lassen sich zu einem guten Teil (und viel kostengünstiger) mit Hilfe von CNC-Simulatoren vermitteln. Zu diesem Schluß führt ein vom BIBB gemeinsam mit Ausbildungsbetrieben durchgeführtes Projekt zur Entwicklung von Ausbildungsmitteln für die CNC-Technik. Jetzt wurde begonnen, diese Idee umzusetzen.

Ein handelsüblicher Personalcomputer mit CNC-Tastatur und

grafisch-dynamischer Darstellung der Werkstückbearbeitung bildet den „Kern“ des Simulators. Er soll letztlich so ausgelegt werden, daß mit ihm das Einrichten und Programmieren, der Testlauf und die automatische Fertigung an CNC-Dreh- und Fräsmaschinen grundsätzlich gelernt werden kann und damit der Auszubildende auf den Umgang mit realen Produktionsmaschinen gut vorbereitet wird. Und nicht nur dies: Mit CNC-Simulatoren lassen sich unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation und der Kooperation leichter in der Ausbildung verwirklichen und

üben. So trägt er auch auf dieser Ebene zur Qualifizierung bei.

Für das Drehen liegt bereits ein technisch und didaktisch interessantes Simulationsprogramm vor, das demnächst in einem ersten Durchlauf ebenfalls von Auszubildenden erprobt werden soll. Dann – im anschließenden Projekt – wird der Ausbau des CNC-Simulators (Fertigstellen des Drehens und Erarbeitung der Fräs-Simulation) fortgesetzt und schließlich seine Leistungsfähigkeit für die Ausbildung systematisch überprüft werden.

(Weitere Informationen: Christian Buchholz (BIBB/5.2, 030 86 83 421)

Lr

Hilfe bei der Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen:

Studie über berufliche Bildung und berufliche Qualifikation in der DDR

In den vergangenen fünfzehn Jahren sind weit über 200 000 Personen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zugezogen. Allein im laufenden Jahr ist die Zahl bereits auf über 25 000 angestiegen. Nahezu ein Drittel waren Erwerbspersonen.

Wenn auch keine Angaben über deren Altersstruktur und Bildungsniveau vorliegen, so lassen doch die verfügbaren Zahlen erkennen, welchen Umfang die Verfahren zur Anerkennung der in der DDR erworbenen beruflichen Qualifikationen angenommen haben. Diese Anerkennung ist wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung des aus der DDR zugezogenen Personenkreises. Grundlage für die Anerkennung bildet gemäß § 92 des Bundesvertriebenengesetzes die Gleichwertigkeit der in der DDR abgelegten Prüfungen mit entsprechenden Abschlüssen in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Studie über die berufliche Bildung und die berufliche Qualifikation in der DDR hat das Bundesinstitut für Berufsbildung

jetzt veröffentlicht. Die Studie soll dazu beitragen, die Tätigkeit der Anerkennungsbehörden in der Bundesrepublik zu erleich-

tern. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung des Bildungswesens in der DDR, insbesondere über das System der beruflichen Bildung, wobei Fragen behandelt werden, wie

- das Recht auf Bildung,
- von der Schule zum Ausbildungsvertrag,
- die Systematik der Ausbildungsberufe,
- Grundberufe und berufliche Grundlagenfächer,
- Inhalt und Organisation der Berufsausbildung,
- das Prüfungswesen,
- das Handwerk in der DDR,
- die Ausbildung zum Meister in Industrie und Handwerk.

Abschließend erfolgt ein Vergleich der beiden Qualifikationsebenen des Facharbeiters und des Meisters in Industrie und Handwerk unter den Gesichtspunkten der §§ 92 und 71 des Bundes-

Projektausbildung – Modellversuch bei den Hoesch-Hüttenwerken

Seit dem 1. Dezember 1982 führen die Hoesch-Hüttenwerke einen Modellversuch: „Leittextsystem für wechselnde, projektartig aufbereitete ausbildungsgerechte Fertigungsaufgaben“ für die Ausbildung der Betriebs- und Maschinenschlosser durch. Das Ausbildungssystem der Hoesch-Hüttenwerke hat die Besonderheit, daß nach einer Lehrgangsausbildung im 1. Jahr in den beiden Lehrwerkstätten von den Auszubildenden richtige Arbeitsaufträge für die Hüttenwerke oder sogar externe Auftraggeber ausgeführt werden.

Die Lehrwerkstatt arbeitet hierzu als eigenständige Schlosserei und verfügt zusammen mit den Sozialbetrieben über eine eigene Konstruktionsabteilung.

Angeregt durch das Leittextsystem in der Ausbildung der Stahlwerke-Peine-Salzgitter AG (Lehr-Lern-System Hobbymaschine) wird bei Hoesch ein Leittextsystem entwickelt, das nicht an bestimmte Produkte gebunden ist, sondern die selbständige Arbeitsabwicklung für unterschiedliche Arbeitsaufträge anleiten kann.

Die Leittexte dienen zum einen der Wiederholung und Vertiefung der Grundfertigkeiten, zum anderen dem Zeichnungslesen, der Arbeitsplanung und der Kontrolle. Von diesen Leittexten erhofft man sich nicht nur eine weitere Systematisierung der bewährten Ausbildungskonzeption, sondern darüber hinaus auch die Förderung der Selbständigkeit der zukünftigen Facharbeiter.

Es wird damit gerechnet, daß ab 1985 Leittexte auch an anderen Ausbildungseinrichtungen zur Erprobung weitergegeben werden können. Der Modellversuch wird vom Friedrichsdorfer Büro für Analyse und Planung in Sozial- und Bildungsbereichen wissenschaftlich betreut.

DW

vertriebenengesetzes und des § 7 Absatz 7 der Handwerksordnung.

Den in der Bundesrepublik Deutschland für die Anerkennung der in der DDR erworbenen beruflichen Zertifikate zuständigen Behörden wird unter Berücksichtigung der im einzelnen erläuterten Auslegungskriterien des Begriffs „Gleichwertigkeit“ eine Gleichstellung mit entsprechenden Qualifikationen in der Bundesrepublik unter der Voraussetzung empfohlen, daß der Antragsteller als Ausgleich für längere Ausbildungszeiten in der Bundesrepublik den Nachweis über entsprechende Zeiten berufspraktischer Bewährung führt.

Der umfangreiche Anhang der Studie enthält als Hilfsmittel für die mit der Anerkennung Befaßten erstmals alphabetische Verzeichnisse aller Ausbildungsberufe ab 1960 mit vielen zusätzlichen Informationen; darüber hinaus Verzeichnisse der Handwerksberufe, Verzeichnisse der Fachrichtungen der Meister in Industrie und Handwerk sowie Auszüge aus einschlägigen, für die Berufsbildung in der DDR relevanten Gesetzestexten.

Die Broschüre ist im Rahmen der Veröffentlichungen des Bundesinstituts über Ausbildungsgänge und -abschlüsse in sozialistischen Staaten – CSSR, Ungarn, UdSSR, Jugoslawien und Polen – erschienen und kann, wie diese, gegen eine Schutzgebühr bezogen werden beim Pressereferat des Bundesinstituts für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31 – Telefon: 030 – 8683 280.

G

Schuhmacher:

Größerer Berufserfolg für die im Beruf Verbliebenen

Für ausgebildete Schuhmacher, die trotz des Bedeutungsverlusts dieses Berufs in den 50er und 60er Jahren „bei ihrem Leisten geblieben sind“, hat sich der Verbleib im Ausbildungsberuf offenbar ausgezahlt. Sie rangieren bei einer Reihe von Meßwerten, die die verschiedenen Aspekte des Berufserfolgs erfassen, deutlich vor ihren Kollegen, die nach der Ausbildung den Beruf gewechselt haben.

Der Berufswechsel – bei den Schuhmachern haben 63 Prozent von allen Erwerbstätigen, die eine Schuhmacherlehre abgeschlossen haben, angegeben, sie hätten inzwischen Ihrem erlernten Beruf den Rücken gekehrt – fand in der Regel nicht aus freien Stücken statt. Viele fanden als Schuhmacher keine Arbeit mehr. Oder sie verdienten im Vergleich zu anderen Arbeitsplätzen zu schlecht. Die Industrie lockte mit guten Löhnen. So sind viele ausgebildete Schuhmacher als Un- oder Angelernte in der industriellen Produktion tätig. Und solche Industriearbeitsplätze sind durch hohe körperliche Belastungen, durch hohen Leistungsdruck (Streß) und Monotonie gekennzeichnet. Nur wenigen gelingt der Aufstieg in eine Vorgesetztenposition. Und bei der fortschreitenden Rationalisierung sind gerade diese Arbeitsplätze besonders gefährdet.

Dies ist nur ein Beispiel aus einer Analyse über Ausbildungsberufe und beruflichen Erfolg, die das Bundesinstitut für Berufsbildung vorgelegt hat. Dabei wurden auf der Basis einer 1979 gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten repräsentativen Erhebung bei ca. 30.000 deutschen Erwerbspersonen die Berufswege und die aktuelle Beschäftigungssituation der Personen untersucht, die eine betriebliche Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Insgesamt 69 der am stärksten besetzten Ausbildungsberufe wurden miteinander verglichen. Als Maßstäbe dienten Dimensionen wie Sicherheit des Arbeitsplatzes, beruflicher Aufstieg, Einkommen, Flexibilität, die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen sowie Arbeitszufriedenheit. Die Bedeutung des Berufswechsels spielt bei der Analyse eine wichtige Rolle.

Das Bild, das gezeichnet wird, bezieht sich – das sei einschränkend gesagt, auf die Verhältnisse der Nachkriegszeit. Ein nicht unerheblicher Teil der Erwerbstätigen des Jahres 1979, die eine abgeschlossene Berufsausbildung im dualen System (Lehre) vorweisen können, hat diese Qualifikation sogar vor Gründung der Bundesrepublik erworben. Die in den letzten Jahren auftretenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt und die stark gestiegenen Ausbildungszahlen haben noch keine Berücksichtigung gefunden. Doch kann man aus den Erfahrungen der Vergangenheit wichtige Hinweise für zukünftige Entwicklungen und Möglichkeiten erhalten.

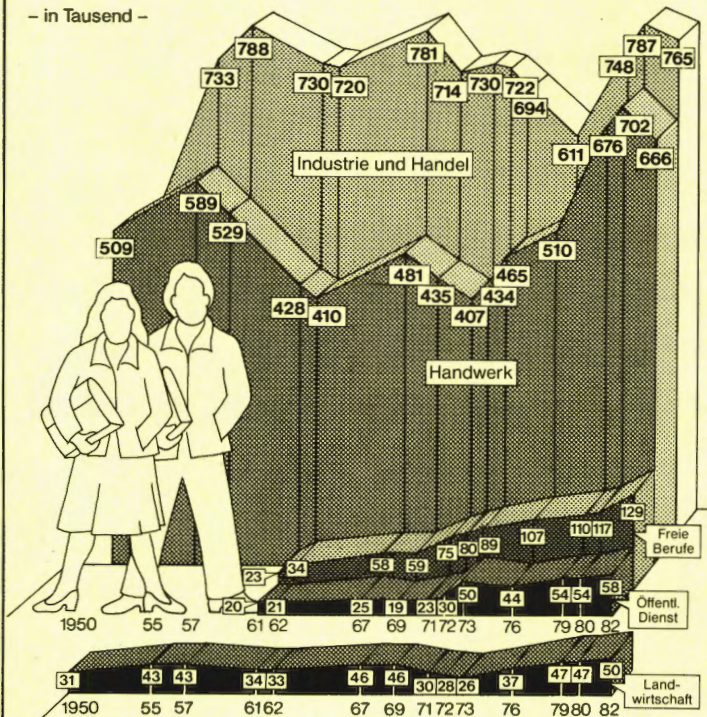
Die Studie von Rolf Jansen und Thomas Clauß „Betriebliche Berufsausbildung und beruflicher Erfolg“, Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 65, ist gegen eine Schutzgebühr zu beziehen beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31.

Jan

Schaubilder erläutern Entwicklung in der Berufsbildung

Die Verteilung der Auszubildenden auf Ausbildungsbereiche 1950-1982

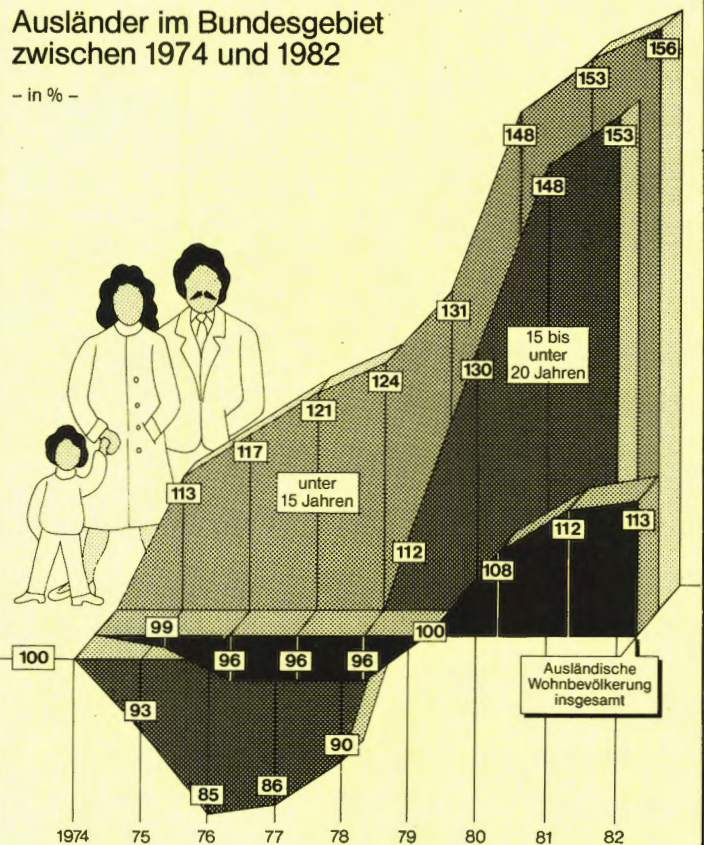
- in Tausend -



Im Jahre 1980 wurde mit 1,7 Mio. bestehenden Auszubildenden die höchste Zahl der Nachkriegszeit erreicht. Seit Anfang der 50er Jahre sind „Industrie und Handel“ vor dem „Handwerk“ größter Ausbildungsbereich. Von 1971 bis 1980 hatte das Handwerk eine starke kontinuierliche Zunahme der Auszubildenden. Industrie und Handel nahmen von Ende der 60er Jahre bis 1976 stark ab, um dann erneut die Spitzenwerte der 50er und 60er Jahre zu erreichen. Auch die „Freien Berufe“ haben die Zahl der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert.

Ausländer im Bundesgebiet zwischen 1974 und 1982

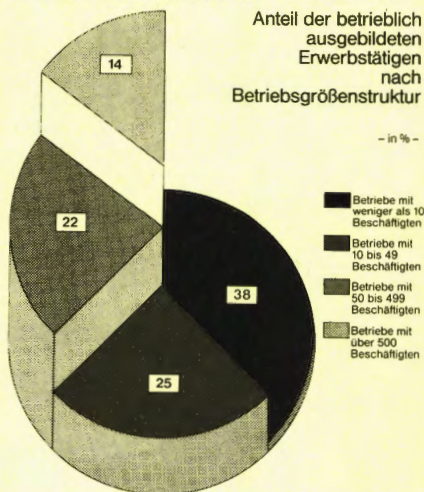
- in % -



Ausländer im Bundesgebiet werden erst seit 1974 (100%) nach ihrem Lebensalter ausgezählt (bis 1979 ohne Stadt München). Der Bestand der Kinder unter 15 Jahren stieg seither auf 156%. Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren sank zunächst auf 85% (1976) ab. Danach stieg sie gegenüber 1974 auf 153% an (1982). Damit machte sich in dieser Altersgruppe die Wirkung des Familiennachzugs in das Bundesgebiet besonders bemerkbar.

Anteil der betrieblich ausgebildeten Erwerbstätigen nach Betriebsgrößenstruktur

- in % -



Nahezu zwei Drittel der heute betrieblich ausgebildeten Erwerbstätigen schlossen ihre Lehre in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten ab. Dies sind insbesondere Kleinbetriebe aus Landwirtschaft, Handwerk, Handel und „Freien Berufen“ (Arzt- und Anwaltspraxen etc.). Der zahlenmäßige Schwerpunkt der betrieblichen Ausbildung liegt bei Kleinbetrieben mit bis zu 9 Beschäftigten (38%) und von 10 bis 49 Beschäftigten weitere 25%, also 63% in Betrieben unter 50 Beschäftigten. In Betrieben mit über 500 Beschäftigten absolvierten 14% der betrieblich Ausgebildeten ihre Ausbildung.

Schaubilder über die Entwicklung der beruflichen Bildung in den vergangenen Jahren hat jetzt das Bundesinstitut für Berufsbildung veröffentlicht. Sie erläutern z. B. die Tendenzen bei der Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel, Handwerk, Freie Berufe, Öffentlicher Dienst und Landwirtschaft seit 1950, die Konzentration der Auszubildenden in den Ausbildungsberufen, die schulische Vorbildung der Auszubildenden, die seit 1976 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die demographische Entwicklung und vieles andere mehr. (siehe Beispiele)

Die Broschüre „Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Schaubilder zu Entwicklungstendenzen im Ausbildung- und Beschäftigungssystem“ umfaßt insgesamt 45 Grafiken. Sie ist beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, gegen eine Schutzgebühr zu beziehen.

Wer

Fachkräftenachwuchs – Zahlen machen Furore

Zahlen entwickeln oft ein eigenes Gewicht, vor allem, wenn sie in die politische Diskussion eingehen: Von 5:1 auf 1,5:1 soll sich das Verhältnis zu Lasten des Fachkräftenachwuchses und zugunsten der Hochschulabsolventen bis zu Beginn der 90er Jahre verschieben. Eine dramatische und in der Tat bedenkliche Entwicklung – wenn sie so stimmt.

Nehmen wir die Daten:

- Ende der 70er Jahre bewegte sich die genannte Relation bei 4:1 (1977: 470 000 Absolventen des dualen Systems, Facharbeiter, Gesellen, Kaufleute; 120 000 Hochschulabsolventen).
- Mit den ersten geburtenstarken Jahrgängen – die bekanntlich zuerst die berufliche Bildung erreichten und wegen der längeren vorherigen Schulzeit erst mit einer mindestens dreijährigen Verzögerung

die Hochschule – stieg die Relation auf 5:1 (1983: 630 000 Absolventen des dualen Systems zu 135 000 Hochschulabsolventen).

- Nach dem Auslaufen der geburtenstarken Jahrgänge im dualen System (16–20jährige), wenn gleichzeitig die geburtenstärksten Jahrgänge die Hochschulen verlassen, sinkt die Relation auf ca. 3:1 (580 000 zu 200 000). Dieses zeitliche Zusammentreffen des „Berges von Hochschul-

absolventen“ mit dem „Tal von betrieblich Ausgebildeten“ liegt etwa in der Zeit von 1991 bis 1994.

Auf bedrohliche 1,5:1 kann man nur kommen, wenn man für Anfang der 90er Jahre von lediglich rund 300 000 Absolventen des dualen Systems pro Jahr ausgeht. Dies setzt einen Rückgang in diesem Bereich voraus, der weit über die demographische Entwicklung hinaus geht: Das duale System verlore entgegen der langfristigen Tendenz gegenüber anderen Bildungsgängen erheblich an Gewicht. Eine solche Entwicklung erscheint wenig realistisch.

Noch eins: Wegen der zeitlichen Phasenverschiebung von Ausbildung im dualen System und Hochschulausbildung dürfen nicht die Relationen in den jeweiligen Jahren verglichen werden, sondern nur die der jeweiligen Geburten-Jahrgänge. Tut man dies, so sieht alles viel undramatischer aus:

1. Seit Ende der 70er Jahre ist eine deutliche Verschiebung zugunsten der Absolventen des dualen Systems bei einem Abbau der Ungelerntenquote zu verzeichnen.
2. Zwar nimmt auch der Teil der Hochschulabsolventen am Jahrgang zu, aber bei weitem nicht in dem Umfang, wie die Abiturientenzahlen zunächst erwarten ließen.
3. Wegen der sehr positiven Entwicklung im dualen System ergibt sich für die Dekade der 80er Jahre insgesamt eine Relation von Fachkräften zu Hochschulabsolventen wie in den 70er Jahren von unverändert 4:1.

kr Ax

Handreichungen für eine projektorientierte Berufsausbildung

Als Heft 8 der Handreichungen für die Berufsausbildung im Berufsfeld Metalltechnik ist nun im BIBB das Projekt „Fahrradanhänger“ in einer Erprobungsfassung erschienen. Sie soll den Trägern von Ausbildungsmaßnahmen im Programm des Bundesbildungsministers für die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher als Arbeitshilfe dienen.

Erarbeitet wurde diese Handreichung im Verein zur Förderung der Berufsausbildung e.V. in Rüsselsheim im Rahmen des Modellversuchs „Berufsausbildung mit besonderer Lernunterstützung“.

Grundlage der Handreichung ist eine von Sozialpädagogen und Jugendlichen organisierte und erstellte Fotodokumentation, die die Kapitel Planung, Durchführung, Unterrichtseinheit, Werbung, Vertrieb und Serienfertigung auf lebendige Weise darstellt.

Unter unmittelbarer Beteiligung der Berufsschule haben hier die Auszubildenden für den Beruf des Betriebsschlossers mit ihren Ausbildern und Sozialpädagogen ein Arbeitsvorhaben vollständig von der Planung über die Durchführung bis hin zum Vertrieb des Produktes realisiert.

Ze